Sächsische Landesbibliothek
- 4 FEB 1960

Für die Wissenschaft, die dem Sozialismus dient!

UNIVERSITÄTSZEITUNG

ORGAN DER SED-PARTEILEITUNG DER KARL-MARX-UNIVERSITÄT

4. JAHRGANG / NUMMER 4 — LEIPZIG, DEN 27. JANUAR 1960 — PREIS 15 PF

Höhere Aufgaben erfordern höheres Wissen

Beratung über Schaffung einer Betriebsakademie an der Medizinischen Fakultät bestätigt großes Bedürfnis zur allseitigen Weiterbildung

Die am Montag, dem 25. Januar von der Gewerkschaftsleitung der Medizinischen Fakultät einberufene Konferenz über die weitere Qualifizierung der Fakultätsangehörigen, insbesondere über die Schaffung einer Betriebsakademie in allernächster Zeit, brachte das große Bedürfnis der Beschäftigten in den verschiedensten Berufszweigen nach Weiterbildung im Beruf, nach Abschluß der Berufsausbildung und nach Erreichung der nächsthöheren Qualifikationsstufe sowie nach allseitiger Bildung überzeugend zum Ausdruck. Dieses Bedürfnis entspricht einer Notwendigkeit, die sich aus den neuen Aufgaben des Gesundheitswesens in der Periode des entfalteten Aufbaus des Sozialismus ergibt, in der es gilt, das Recht auf allseitige Pflege und Förderung der Gesundheit zu gewährleisten und damit die Ueberlegenheit des sozialistischen Gesundheitswesens zu beweisen.

Es wurde u. a. vorgeschlagen, einen Fortbildungskurs für medizinisch-technische Assistentinnen einzurichten, die schon vor längerer Zeit ihre Prüfungen abgelegt haben, um sie mit dem neuesten Stand auf ihrem Fachgebiet, neuen Geräten und neuen Methoden bekannt zu machen.

Die FDJ-Gruppe des Instituts für Mikrobiologie äußerte den Wunsch nach einem Vorbereitungskurs für die Medizinische Fachschule.

Oberin Schmidt empfahl einen Lehrgang für Stationsschwestern über ein Jahr und einen für Hilfspflegerinnen über drei Monate.

Oberarzt Dr. Arndt vom Röntgeninstitut teilte der Konferenz in einem Schreiben mit, daß er zusammen mit Oberarzt Dr. Barke einen Fortbildungslehrgang für das mittlere medizinische Personal in medizinischer Radiologie eingerichtet hat, der bereits am 20. Januar begonnen hat und den medizinischen-technischen Assistentinnen, den Sekretärinnen und Schwestern gründlichere Kenntnisse auf dem sich rasch entwickelnden Fachgebiet vermitteln wird. Für später ist auch ein Qualifizierungslehrgang für Aerzte vorgesehen.

Die Konferenz stellte die Aufgabe, jetzt mit allen 4500 Beschäftigten in den Gewerkschaftsgruppen über die Fragen der Qualifizierung zu sprechen und so das Programm der Betriebsakademie zu entwickeln. Sie wies nachdrücklich auf den engen Zusammenhang der fachlichen mit der gesellschaftswissenschaftlichen und kulturellen Weiterbildung hin, denn alle müssen wissen, wofür sie sich fachlich weiterbilden.

Abrüstung oder „Umrüstung?"

Wie überall löste auch unter den Angehörigen unserer Universität der Beschluß des Obersten Sowjets über die Verringerung der Streitkräfte der Sowjetunion um ein Drittel ein begeistertes Echo aus. Wissenschaftler und Studenten, Arbeiter und Angestellte begrüßten die neue Initiative der Sowjetunion als einen großen Schritt auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung, der auch bald von den Westmächten getan werden müsse. Professor Dr. Dr. Katner schrieb: „Diese Verringerung stellt den bisher größten und überdies freiwilligen Beitrag zu einer allgemeinen und völligen Abrüstung dar, und ich zweifle nicht daran, daß sie als eine der größten Friedenstaten in die Geschichte eingeht."

Ganz vereinzelt gibt es jedoch Stimmen, die die volle Bedeutung der Truppenreduzierung durch die Sowjetunion noch nicht begriffen haben. So tauchte das Argument auf, es handle sich um keine wirkliche Abrüstungsmaßnahme, da ja die Feuerkraft der Sowjetarmee erhalten bleibe. Allerdings bleibt die Kampfkraft der Sowjetarmee, sicher sehr zum Leidwesen der Strauß, Speidel und Heusinger, tatsächlich erhalten und wird, daran ließ Ministerpräsident Chruschtschow keinen Zweifel, weiter gestärkt werden, um jeden Angreifer zerschlagen zu können. Aber wie verhält es sich mit dem anderen Teil des Arguments?

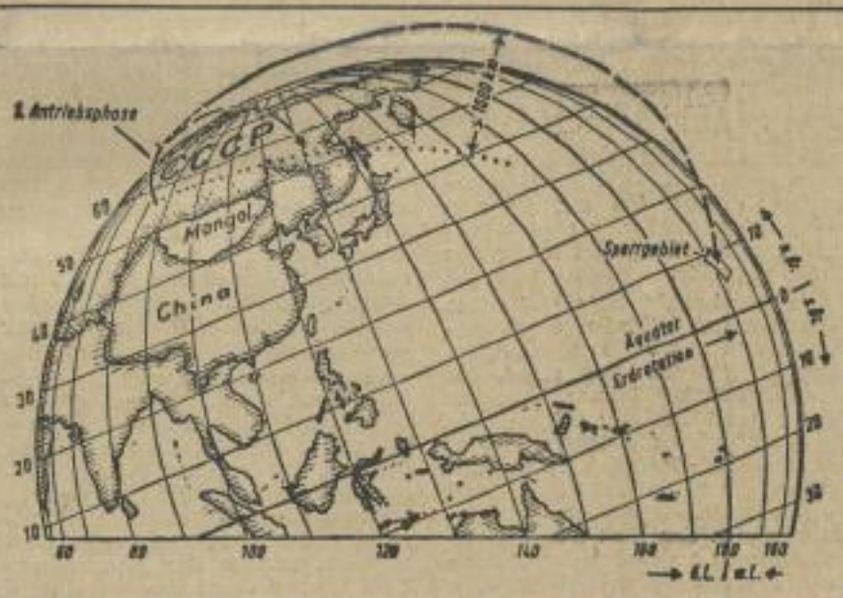
Die Armee eines friedliebenden Landes bedarf einer bestimmten Anzahl von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren zur Erfüllung ihrer Aufgabe, nämlich der Landesverteidigung. Diese notwendige Zahl richtet sich sowohl nach der militär-technischen Ausrüstung und ähnlichen Faktoren als auch nach der jeweiligen internationalen Situation. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, bei einer Entspannung der internationalen Lage die Zahl der Armeeangehörigen zu verringern, ohne die Verteidigungskraft zu schwächen. Deshalb die Verringerung der sowjetischen Streitkräfte um 1,2 Millionen Soldaten.

Ist das aber bei einer Armee möglich, die für einen Angriffs- und Eroberungskrieg bestimmt ist? Offensichtlich nicht, denn die Kriegstreiber brauchen die Armee, um anderen Völkern ihren Willen aufzuzwingen und sie zu unterjochen.

Eine Verringerung der Streitkräfte auf das zur Zeit notwendige Maß zur Verteidigung, wie sie von der Sowjetunion jetzt erneut vorgenommen wurde, mindert — wenn sie auch von den Westmächten durchgeführt wird — die Kriegsgefahr und schafft günstige Voraussetzungen für erfolgreiche Verhandlungen zur Lösung aller strittigen Fragen und ist ein großer Beitrag zur allgemeinen Abrüstung.

Die führenden Staatsmänner der Westmächte erklärten sich unter dem Druck der wachsenden Friedensbewegung in ihren Ländern und in der ganzen Welt zu Besprechungen über Abrüstungsmaßnahmen bereit, haben aber noch immer Vorbehalte gegen eine allgemeine Abrüstung. Offensichtlich führt deshalb der Weg zu ihr über verschiedene Zwischenetappen, die Ministerpräsident Chruschtschow bereits im September vor den UN als möglich nannte. Eine solche Zwischenetappe ist die Verringerung der Streitkräfte aller Staaten, besonders der Großmächte. Deshalb ist der jüngste Beschluß des Obersten Sowjets der bisher größte Beitrag zur allgemeinen Abrüstung und stellt das Beispiel für alle anderen Staaten dar. Weitere Schritte könnten die Einstellung jeglicher Atomwaffenversuche und die Liquidierung jeglicher Militärstützpunkte auf fremdem Territorium sein. Auch hierbei ging die Sowjetunion allen anderen Staaten voran. An den Westmächten liegt es jetzt, gleichzuziehen und mitzuhelfen, den Boden für weitere Maßnahmen zu ebnen.

Wasa



Am 20. Januar startete die Sowjetunion die erste ballistische Mehrstufenrakete einer Versuchsreihe zur Vorbereitung für kosmische Flüge zu anderen Planeten und den Start schwerer Sputniks. Nach einem Flug über 12 500 km erreichte die Rakete ihr Zielgebiet im Stillen Ozean, wobei sie noch nicht einmal zwei Kilometer von ihrem Kurs abwich. Diese Genauigkeit reicht für den Mars!

Wahlen in den FDJ-Grundeinheiten. Die bisher stattgefundenen Versammlungen bewiesen: Dort gibt es die besten Resultate, wo die Frage nach dem politischen Inhalt unseres Studiums am gründlichsten geklärt wurde.

Westdeutsche Studenten contra „nationale Welle"

Nicht ohne besonderen Grund erklärten die Rektoren der DDR zu den alarmierenden Ereignissen in Westdeutschland in ihrem Appell: „Insbesondere ist es die Aufgabe der studentischen Jugend zu verhindern, daß die deutschen Universitäten und Hochschulen noch einmal zu Brutstätten des Antisemitismus, des Revanchegeistes und des faschistischen Terrors werden."

Nicht erst seit gestern und heute gibt es Anzeichen dafür, daß gerade dieser Ungeist an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen wieder bewußt genährt und gefördert wird. Er drückt sich nicht nur aus im Verschweigen der unseligen Vergangenheit der deutschen Militaristen und in plumper Geschichtsfälschung, sondern beispielsweise auch darin, daß heute wieder — und das ist nur ein Zweig — 39 Hochschullehrer auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft lehren, die als überzeugte Nazis Hitlers Raubzug vorbereiten halfen, und darin, daß in 900 Korporationen und einer Reihe „osteuropäischer" Institute „Kader gegen den Kommunismus" im Geiste des Nationalismus und Chauvinismus erzogen werden.

Und bereits 1957 — auf der Gründungsversammlung des faschistischen „Bundes Nationaler Studenten" in Mainz — sagte der bundesdeutsche Student Osterlag: „Der BNS fordert die Pflege des erbgesunden Nachwuchses ... Der Niedergang der Menschheit kann nur durch Förderung der sittlich starken Kräfte aufgehalten werden."

Das muß ihm doch ein „Alter Herr", der früher dem „Stürmer" nahestand, zugeflüstert haben. Es könnte natürlich auch Globke, der intellektuelle Mitschuldige an der Judenverfolgung im Nazireich gewesen sein.

In Erlangen forderten faschistische Kräfte in einem Brief an den ASTA-Vorsitzenden Krautheim, daß alle jüdischen Studenten Erlangen verlassen sollten.

Das war im vorigen Jahr. Heute stehen das „Juden raus!" und Hakenkreuze von den Alpen bis zur Nordsee an den Häuserwänden. Die Saat geht auf.

Wer aufmuckt gegen die geistige Militarisierung der Hochschulen und die materiellen Folgen der Aufrüstung für die Wissenschaft, der bekommt deutlich genug zu spüren, was es heißt, in einem klerikal-militaristischen Obrigkeitsstaat zu leben, der den alten faschistischen Kräften wieder freien Lauf läßt. Der Zeitungswissenschaftler Professor Hagemann mußte das spüren, als er seines Amtes enthoben wurde, und auch der Rechtswissenschaftler Professor Wegener, der in die DDR kam. Der SDS sollte an die Kandare genommen werden, als sich in seinen Reihen der Kampf für Demokratie und gegen die Atomaufrüstung der Militaristen immer mehr Bahn brach, und der von Bonn eingeleitete Beschluß des VDS, der Dachorganisation der westdeutschen Studentenverbände vom Juli vergangenen Jahres öffnete dem Geist des Chauvinismus Tür und Tor, indem er die Bestrebungen zur echten Verständigung mit der DDR und die Anti-Atom-Bewegung zu unterdrücken versuchte.

Doch die demokratischen Kräfte unter den Wissenschaftlern und Studenten lassen sich nicht unterdrücken. Immer mehr setzen sie sich gegen die materiellen Auswirkungen der Militarisierung und die Ideologie des Militarismus zur Wehr.

1000 Zuhörer spendeten am Freitagabend Professor Hagemann in der Mensa der Hamburger Universität lebhaften Beifall, als er den Rücktritt der Regierung Adenauer verlangte. — Und nicht zuletzt die energischen Proteste der Studenten waren es, die den Westberliner Senat zwangen, die Absetzung des für heute geplanten Vortrages des Atomkriegsideologen William S. Schlamm zu „empfehlen".

Gleichfalls die Westberliner Studenten bekundeten deutlich ihre Meinung zu den antisemitischen und neofaschistischen Ausschreitungen in der Westzone und Westberlin, indem sie als deren Hintermänner Oberländer, Globke, Schröder und andere Faschisten im Bonner Staat entlarvten.

Doch gerade hier zeigte sich der Uebergang zu immer mehr faschistischen Methoden, der sich die Militaristen bedienen müssen, um ihre Politik mit Gewalt durchzusetzen: Innensenator Lipschitz ließ den Polizeiknüppel auf die Studenten los, ließ Transparente zerfetzen und Kundgebungsteilnehmer wahllos verhaften.

Aber auf die Dauer können kein Polizeiknüppel und keine Amtsenthebung die Bändigung der Militaristen und Faschisten und die Beseitigung ihres Einflusses auch auf die Bildungsstätten verhindern.

Immer mehr schwebt dabei — zunächst, was die materielle Seite angeht — das Beispiel unserer Hochschulreform den westdeutschen Wissenschaftlern und Studenten vor Augen, also das Beispiel unserer wahrhaft freien, auch vom Ungeist des Militarismus freien Universitäten. Sie sind ihr Vorbild im Kampf um die Demokratie und den Fortschritt. Und sie werden immer mehr ihr Vorbild werden, je mehr wir unsere Universitäten dazu machen. Je größer unsere Erfolge sind, um so stärker werden auch sie sein, um so stärker wird der Damm sein, der die „nationale Welle" der Militaristen aufhält.

In die Waagschale des Friedens

Leistungen Universitätsangehöriger zählen im Kampf gegen militaristisches Westzonenregime

Die Regierung der Sowjetunion hat im vergangenen Jahr große Erfolge erzielt, vor allem auch auf außenpolitischem Gebiet. Dank ihrer Initiative und Bereitschaft zur Verständigung wurde 1959 eine allgemeine Entspannung erzielt.

Das Jahr 1960 hat mit einem großen Ereignis begonnen: es verspricht weitere Erfolge auf dem Wege der Abrüstung und der friedlichen Zusammenarbeit der Völker. Nikita Chruschtschow hat im Auftrage der Regierung dem Obersten Sowjet der UdSSR vorgeschlagen, einer einseitigen Einschränkung der Streitkräfte der Sowjetunion um weitere 1,2 Millionen Mann zuzustimmen. Das ist dann auch erfolgt. Diese neue Maßnahme ist ein weiterer Beweis für die Verständigungsbereitschaft und konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion. Damit ist auch eine gute Grundlage für die neue Gipfelkonferenz geschaffen worden. Alle friedliebenden Kräfte begrüßen diesen neuen Schritt der Sowjetunion und sehen darin einen guten Auftakt für die weitere Arbeit für Frieden und Verständigung im Jahre 1960.

Als Oekonom fühle ich mich besonders veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß die neuen Maßnahmen nicht zuletzt ermöglicht wurden durch die wirtschaftlichen Erfolge des vergangenen Jahres, des ersten Jahres des entfalteten Aufbaus des Kommunismus in der Sowjetunion. Aus diesem Beispiel für die Einheit von Politik und Oekonomie ergibt sich auch für unsere Arbeit eine wichtige Folgerung. Durch die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe und die Erfüllung des Siebenjahrplanes schaffen wir günstige Bedingungen für die Lösung unserer politischen Aufgaben, die im Vordergrund unseres Kampfes um die Einheit Deutschlands und für die Sicherung des Friedens stehen.

Prof. Dr. Thalmann,
Direktor des Instituts für Arbeitsökonomik

*

Wir Studenten der Fakultät für Journalistik und des Dolmetscherinstituts, zusammengekommen zu einem Forum, erheben unsere Stimme, um der Sowjetunion für ihre neue große Friedenstat zu danken und um die Bonner Militaristen mit aller Welt anzuklagen des Neonazismus und Antisemitismus.

Wir wollen, daß von ganz Deutschland für immer der Frieden ausgeht, wie heute bereits von unserer Republik. Deshalb fordern wir: entfernt die Kriegsverbrecher, die Nazis geblieben sind, aus der Bonner Verwaltung, Justiz und Volksbildung!

Schluß mit der Atomkriegsvorbereitung in der Westzone. Die westdeutsch-französische Atombombe darf in der Sahara nicht explodieren!

Gebt dem deutschen Volk einen Friedensvertrag nach dem sowjetischen Vorschlag! Westberlin muß zu einer entmilitarisierten Freien Stadt werden!

Unser Beitrag zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz ist:

Wir werden in unseren Häusern mit allen Bürgern über den Beschluß des Obersten Sowjet sprechen. Wir werden unsere Leistungen im Studium weiter verbessern, um sie in die Waagschale des Friedens zu legen. Durch unsere sozialistischen Studentengruppen werden wir die Deutsche Demokratische Republik stärken, den Hort des Friedens und der Demokratie in Deutschland.

SLUB
Wir führen Wissen.